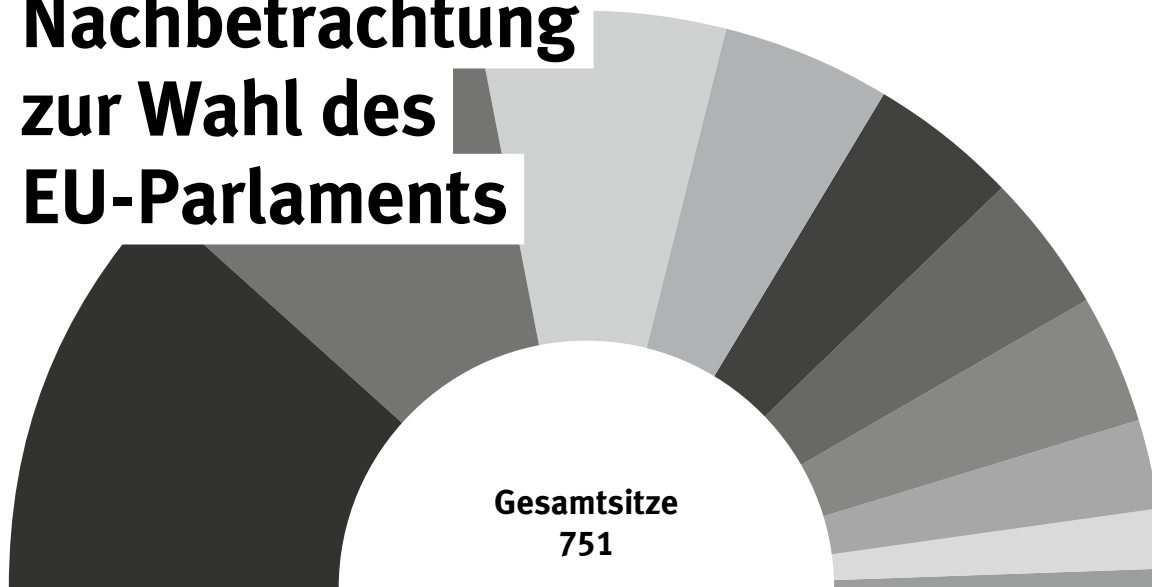


akzente

MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ
VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

06|2019

Nachbetrachtung zur Wahl des EU-Parlaments



Gesamtsitze
751

Nach einem Großaufwand von EU-freundlicher Propaganda in allen Medien, nach unermüdlichem Einsatz der Eliten aus Politik und Wirtschaft der BRD in Bürgerforen, öffentlichen Gesprächsrunden, in denen geschickt Segen und Defizite der EU gemischt und erklärt wurden, (also vielseitigen „Übungen in Demokratie“) sind die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union über die Bühne gegangen. Bemerkenswert, dass in diesem Diskurs immer wieder die EU mit Europa verwechselt wird, was die Frage aufwirft: Ist das politisch gewollt, um einen Anspruch zu postulieren, oder ist es nur Unkenntnis der politischen Geographie.

Es war – so oft im Werben um die Stimmen der Bürger behauptet – eine „Schicksalswahl“, für welches und wessen Schicksal muss sich noch zeigen. Genauso wie noch zu hinterfragen wäre, warum – gewiss nach Mitgliedsländern differenziert – im Durchschnitt etwa die Hälfte der Bürger der Wahl ferngeblieben sind. Der propagandistische Aufwand der Protagonisten wurde also nicht honoriert. Die Wahlbeteiligung in der EU lag bei 51 %, in der BRD bei 61 %. Darüber lohnt es sich nachzudenken.

Immerhin hatte Frau Bundeskanzlerin Merkel, die man wiederholt als mächtigste Frau in Europa bezeichnete, während ihres Besuches in Zagreb noch vor der Wahl verkündet: „Europa (sie hat sicher die EU gemeint) ist ein Projekt des Friedens, ein Projekt der Freiheit und das Projekt des Wohlstandes.“ Diese Aussage ist in erweiterter Form auch auf der Homepage der Bundesregierung zu finden – sicher als grundsätzliche, regierungsamtliche Vorgabe und Orientierung für die Vorbereitung und Auswertung dieser „Schicksalswahl“.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde muss dieser Darstellung, sowohl in Bezug auf die Bundesrepublik als auch auf die EU, insgesamt entschieden widersprechen und sie ist sich darin mit vielen Menschen und anderen Organisationen einig. Wie kann man von der EU als einen **Projekt des Friedens** sprechen, wenn sich ihre Mitgliedsländer als aktive Vasallen der USA in der NATO an imperialistischen, militärischen Aggressionshandlungen (welcher Art auch immer) beteiligen, sich massiv in innere Angelegenheiten souveräner Staaten einmischen und eine perfide Sanktionspolitik betreiben. Ganz

zu schweigen von Aufrüstung, Waffenexport und dem Aufbau eigener militärischer Strukturen. Nicht zu vergessen die Auslandseinsätze von Militär aus EU-Ländern, wo die BRD und Frankreich eine Vorreiterrolle z. B. in Afrika spielen.

Das **EU-Projekt Freiheit** wird in den offiziellen Debatten stets auch mit der Forderung nach Sicherheit verbunden. Dabei geht es um zunehmende Repression und Überwachung nach innen mit verschärften Polizeigesetzen – wehrhafte Demokratie, wie das gern genannt wird – insbesondere, wenn soziale Proteste mit zunehmender Gewalt niedergeschlagen werden, wie das gegenwärtig bei der Bewegung der „Gelbwesten“ in Frankreich und auch während des G-20 Gipfels in Hamburg – und wir reden hier nicht von Randalen – der Fall war. Um Missverständnissen vorzubeugen: Unsere Gesellschaft ist ein entschiedener Gegner von Terrorismus und unterstützt geeignete und vielgestaltige Maßnahmen gegen diese Geißel, lehnt es aber genauso entschieden ab, unter dieser Flagge Bürgerrechte einzuschränken.

Schließlich gehört zu diesem **Projekt der EU die Sicherheit** nach außen, wo sich das Militär der Mehr-

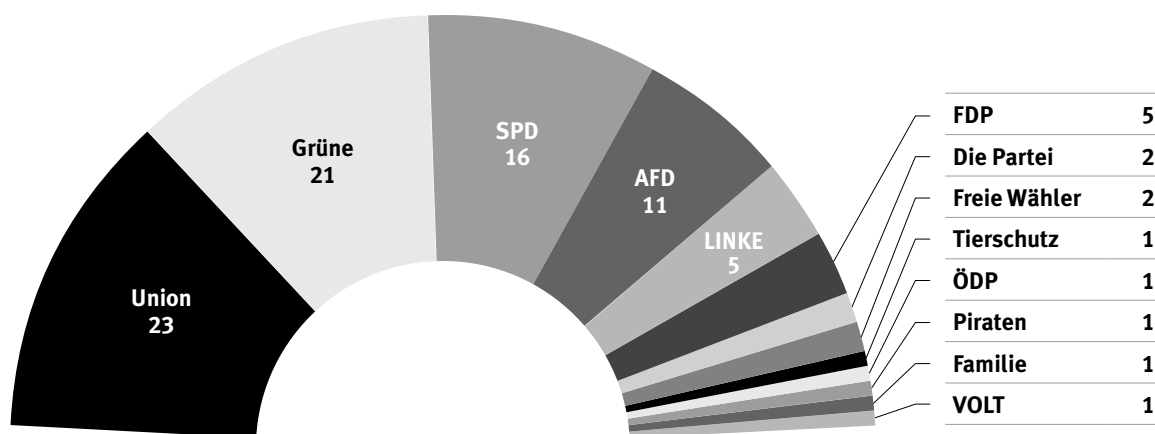
EVP (CDU) Christdemokraten	179
S&D (SPD) Sozialdemokraten	153
ALDE Liberale	105
Grüne/EFA Grüne	69
EKR Konservative	63
ENF Rechtspopulisten	58
EFDD EU-Skeptiker	54
GUE/NGL Linke	38
Sonst. Sonstige Parteien	24
NA Fraktionslose	8

Aus der Arbeit des Vorstandes

Am 14.05.2019 beschäftigte sich der Vorstand hauptsächlich mit den geplanten Vorhaben der GBM anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der DDR. Höhepunkt wird die Veranstaltung unter dem Motto „Erinnerungen an ein verschwundenes Land“. Sie soll die Bedeutung der DDR und ihren historischen Platz in der Geschichte noch einmal würdigen. Das Konzept der Veranstaltung sieht vor, ein **Interview und eine Lesung von Autoren/Schriftstellern der DDR**, Filmausschnitte oder einen Dokumentarfilm, die das wirkliche Leben in der DDR dokumentieren, sowie Beiträge von GBM-Mitgliedern zum Thema. Auch ein kultureller Beitrag ist angedacht.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

Sitzverteilung der 96 deutschen Abgeordneten im EU-Parlament



zahl der EU-Länder im Rahmen der NATO in aggressiver Pose an den Grenzen zu Russland aufstellt.

Betrachten wir noch die EU als **Projekt von Wohlstand**. Augenfällig sind das Wohlstandsgefälle von Nord nach Süd und von West nach Ost zwischen den EU-Ländern und die soziale Spaltung in den Ländern selbst. Ein Ausgleich für die Menschen ist nicht zu beobachten. Im Gegenteil! Mit dieser Spaltung gehen die Verletzungen der Menschenrechte, wie sie im WSK-Pakt der UNO niedergelegt sind, einher. Mitglieder unserer Gesellschaft arbeiten regelmäßig mit an den kritischen Berichten von Menschenrechtsorganisationen, die alternativ zu den Staatenberichten erarbeitet werden. Die thematisierten Probleme sind oft erschreckend und die Reaktion der Regierung darauf frustrierend. All diese hier genannten Probleme wurden und werden in Vorbereitung und Auswertung der Wahl in das EU-Parlament kaum oder nur marginal bzw. versteckt behandelt. Das große Verwertungsprojekt des Kapitals, die neoliberale Profitmacherei ist der eigentliche Sieger dieser Wahl, allen voran die deutschen Banken und die Großindustrie.

Zwei Probleme sollen hier noch thematisiert werden.

Die Wahlen und vor allem die Auswertung und Deutung wurden massiv von der Klimathematik – getragen durch eine breite Bewegung der Jugend – dominiert. Eine bemerkenswerte Tatsache, dass junge Menschen für eine gute Sache politisch mobilisiert werden können. Natürlich gibt es auch gleich einige Versuche und Kommentare, das zu einem Generationsproblem zu stilisieren, so nach dem Motto: die über 60-jährigen sind mit dem

zufrieden, was sie haben. Hier ist sorgfältige politische Reaktion, Fingerspitzengefühl erforderlich, denn die Spaltung zwischen Jung und Alt führt bekanntlich in die Sackgasse. Das Klima ist ein Thema, das auf das Leben, die Zukunft und die Erhaltung der Natur gerichtet ist, mit dem viel sensibler in diesem System umgegangen werden muss. Das verlangt weiteren politischen Druck und Kämpfe gegen die Profitmacherei. In der Wahlpropaganda hat es das drängende Problem von Krieg und Frieden und die Probleme der sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft vielfach überdeckt.

Die GBM hat in dieser Frage einen klaren Standpunkt: Ein Krieg – die Politik von Trump führt die Welt an den Rand eines großen Krieges – könnte ob regional oder weltweit mit Atomwaffen geführt werden. Dass wäre das Ende jeglichen Ringens um ein nachhaltiges besseres Klima. Natürlich haben die Grünen in der BRD und auch in anderen Ländern durch die Debatten über das Klima viele Stimmen gewonnen, aber dahinter versteckten sie erfolgreich ihr wahres bellizistisches und neoliberales Gesicht.

Es mangelte in Vorbereitung der Wahlen in das EU-Parlament nicht an Beschwörungen, einen „Durchmarsch“ der Rechten und Euroskeptiker verhindern zu wollen. Während die sogenannten großen „Volksparteien“ sowie DIE LINKE beträchtliche Stimmverluste zu verzeichnen hatten, haben die Rechten und Populisten europaweit zugelegt. Der „Durchmarsch“ blieb aber aus. Es wurde trotzdem kritisch von einem Schock gesprochen. Die EU-Protagonisten sehen von dieser Seite eine Gefahr für ihr Projekt Europa. Diese Aufregung ist pure Heuchelei, schließlich

hat die neoliberale Politik mit der „Entkernung des Sozialstaates“ durch Hartz IV, die Marginalisierung des Antifaschismus und die betriebene Geschichtsfälschung den Nährboden für diese Parteien und Gruppierungen – zumindest in der BRD – bereitet und gefördert. In Italien und Frankreich, in Österreich und anderen Ländern haben die Rechten ziemlich starken Aufwind bekommen. Die Bemühungen sind groß, sich international zu vernetzen, eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament zu bilden.

Unsere Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde bekräftigt ihre antifaschistische Grundhaltung und macht auf die Tatsache aufmerksam, dass die Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut aber auch mit Auffassungen aus dem nationalistisch-konservativen Spektrum im Rahmen der Aufklärungsarbeit verstärkt werden muss. Dabei ist sie darauf bedacht, die Zusammenarbeit und gegenseitige Durchdringung von Friedens- und Umweltbewegung zu fördern.

Die Wahlen in das EU-Parlament sind vorüber, die Wahlurnen noch nicht richtig weggeräumt, da versammelten sich die Granden der EU-Länder bereits in Brüssel und das „Feilschen“ um das Personaltableau begann. Posten sind zu vergeben, die bei der satzungsgemäßen Ohnmacht dieses Parlaments für den politischen Einfluss auf zukünftige Entwicklungen wesentlich sind.

Die Bürger der EU, die dieses Parlament gewählt haben, dürfen gespannt sein, welche Signale und konkrete Handlungen von Brüssel für Frieden, Klima und die Menschen überhaupt ausgehen werden.

Da im Oktober zahlreiche Veranstaltungen zu diesem Anlass stattfinden, hat der Vorstand beschlossen unsere Veranstaltung voraussichtlich am 30. Oktober durchzuführen unter der Voraussetzung, dass ein geeignet großer Raum zur Verfügung steht. Im Verlauf der Diskussion wurden von allen Vorstandmitgliedern Vorschlägen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Veranstaltung vorgetragen, deren Realisierbarkeit in den nächsten Wochen geprüft wird.

Martina Dost berichtete über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für die gemeinsame Ausstellung „Zeitzeichen“ der GBM mit der Ladengalerie „junge Welt“. Die Vorbereitungsarbeiten sind Dank Dr. Peter Michel und dem Arbeitskreis Kultur erfolgreich abgeschlossen. Die Ausstellung wird planmäßig am 18.6.2019 eröffnet. Die Einladungen sind inzwischen versandt. Der Vorstand hofft, dass viele Mitglieder unserer Gesellschaft an der Eröffnung teilnehmen.

Die zweite Lesung der GBM mit Horst Jäkel (Hrsg.) aus der Buchreihe „Als Zeitzeugen erlebt,“ wird, wie bereits bekannt gegeben, am 17.9.2019 stattfinden.

Dr. Frank Wecker stellte das Konzept der neuen Homepage der GBM vor, das die Zustimmung des Vorstandes fand. Inzwischen ist die Homepage aktiviert. Die ersten aktuellen Informationen wurden eingestellt.

16 Mitglieder

16 Mitglieder überwiesen im Mai 2018 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:
Begünstigter: GBM e.V.

IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA2333
Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Kundenreferenzen (1 Zeile):
Spende

Verwendungszweck (2 Zeile):
St.-Nr. 27/666/53250

Curt Querner

7. April 1904, Börnchen bis 10. März 1976, Kreischa

Curt Querner beschäftigte sich sein Leben lang mit den drei Themenkreisen Städtischer Proletarier, Kleinbauern und dörfliche Landschaft. Vor allem die Darstellung des ärmlichen, harten Lebens der kleinen Bauern in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts ist in ihrer Art einmalig in Deutschland. Querner Eltern waren beide gehörlos. Der Vater, künstlerisch begabt, wäre gern Bildhauer geworden, verdiente sein Geld als Schlosser in einer Fabrik und bestimmte, dass auch der Sohn Schlosser wird. Auf seinem 6 Kilometer langen Fußweg bis zum Lehrmeister schaute dieser oft dem Maler Hermann Lange über die Schulter, und er nutzte seine karge Freizeit selber zum Zeichnen. Nach der Lehre fand er Arbeit in der Fabrik „Pilot“ in Bannewitz. Hier war der Horizont seiner Umgebung weiter als auf dem Dorf mit seinen Vorurteilen und der geistigen Enge; die Arbeiter waren nach Oktober- und Novemberrevolution begeisterte Anhänger gesellschaftsverändernder Ideen. Querner fühlte sich ihnen verbunden, ohne die Theorie zu verstehen. Vor allem ödete ihn der tägliche Stumpfsinn der Arbeit an und er bewarb sich, nachdem ihn Hermann Lange ermutigte, an der Kunstakademie Dresden. Natürlich hatte er kein Geld, er fabrizierte Kälberstricke und begab sich einmal wöchentlich auf die Käme des Erzgebirges, um sie den kleinen Kuhbauern zu verkaufen. Es waren harte Jahre des Verzichts, wo die Erneuerung von Kleidung, Theater oder Bücher wegfielen. Dazu kam der kräftezehrende Fußmarsch von fünf Stunden täglich, denn noch lebte er in Börnchen. Auf der Akademie lernte er diszipliniert zeichnen,

und er war vorübergehend im Malsaal bei Otto Dix. Dennoch trieb es ihn weg von der Akademie. Unter seinen neuen Bekannten waren Otto Griebel und Willi Dodel, sein späterer Schwager, der den Akademiebetrieb ebenfalls „alles Kohl hier“ nannte. Beide waren Mitglieder der KPD, in die auch Querner eintrat. 1930 begann Querner, freischaffend zu arbeiten und richtete sich im Proletarierviertel in Dresden ein dürftiges Zimmer ein. Seine soziale Lage war identisch mit der seiner Nachbarn, die als Arbeitslose von staatlicher Fürsorge leben mussten, durch eine Bannmeile abgesondert vom Kunst- und Fremdenverkehrsbetrieb. Die Menschen dieses Milieus des Massenelends wurden Gegenstand seiner Kunst. „Elendsgestalten, wie keine Käthe Kollwitz, kein Zille sie zermergelter gezeichnet haben. Jakobinerfiguren, notgeprägte Gesichter, leiddurchfurchte Züge, abgerissene Kleider und Schuhe ... heißt es in einem Bericht der „Dresdner Volkszeitung“. Bis 1932 konnte Querner seine Werke, überwiegend Arbeiter- und Kinderporträts, in der Galerie „Junge Kunst“ von Joseph Sandel vorstellen, die Bilder fanden Anerkennung. Das änderte sich, als er sich mit „Demonstration“ eindeutig zur revolutionären Arbeiterschaft bekannte. Jetzt fand die Kritik seine Bilder „zu kommunistisch“. Querner malte und zeichnete sehr viele Bildnisse von Dorfkindern, die er oft von Geburt an kannte. An den Farben und der heiteren Ausstrahlung sieht man die Freude, die sie dem Künstler bereiteten. Die Gesichter zeigen meist ein schlichtes Gemüt, sind aber voller spürbarer Liebe gemalt. Das dörfliche Leben, was ab 1933 Hauptinhalt seiner Arbeit



Schwangere Bäuerin in Märzlandschaft, 1933, Öl

wurde, brachte ihm herbe Anfeindungen von Malern, die weniger konnten, aber den verlogenen Kitsch fabrizierten, die von den Faschisten für ihre „Blut- und Boden“-Ideologie gefordert wurde. Diese „positiven“ Bauern fand Querner nicht, weil es sie nicht gab. Die „Schwangere Bäuerin“ z.B. strahlt keinen gebärfreudigen Optimismus aus, sondern stumpfe Ergebnisheit in ihr Schicksal als überforderte bäuerliche Arbeitskraft und Mutter. Immer wieder malte Querner den „Alten Rehn“, den er zum Prototyp des Kleinbauern erhoben hatte und in zahlreichen Porträts und inmitten seiner Feldarbeit darstellte. 1940 wurde der Maler eingezogen, kam nach Norwegen, dort in amerikanische Gefangenschaft, u. a. in ein Lager in Frankreich. Es dauerte lange, bis er die düsteren Erlebnisse nach seiner Rückkehr 1947 verarbeitet hatte, was sich auch in seinen Bildern widerspiegelte. Seine Wohnung in Dresden war ausgebombt, Frau und Tochter lebten wieder in Börnchen, seine Existenz war unsicher. Etliche der von ihm gemalten Kinder waren nicht mehr am Leben. Die Natur war ihm Trost. Hier entwickelte er die Aquarellmalerei, die er schon vorher beherrschte, zur Perfektion. Er nahm die Bildnismalerei – Kinder und Alte – wieder auf. Die meisten Dorfbewohner, auch die Modelle, blieben dem Maler gegenüber passiv. Sie hielten ihn auch in DDR-Zeiten, als er schon ein anerkannter Künstler war, für einen Müßiggänger. Nur der alte Rehn war stolz als Modell. Nun entstanden auch Bildnisse Intellektueller und junger Menschen. Querner hinterließ Stöße von Aquarellen, Zeichnungen und Ölbildern, von denen etliche von DDR-Museen aufgekauft wurden. Querner blieb kompromisslos dem Realismus und der Wahrheit verpflichtet.



Bauernbild, 1933, Aquarell

Martina Dost

Mit freundlicher Genehmigung der Autorin, Dr. Sabine Kebir, übernehmen wir ausnahmsweise eine Rezension aus „neues deutschland“ zur aktuellen politisch brisanten Entwicklung

Keine Empathie für die Opfer

Jürgen Todenhöfer entlarvt das Sinken der medialen Hemmschwellen in punkto Kriege

Zu den wenigen Konservativen, die bezüglich der Gegnerschaft zu Angriffskriegen auch heute noch strikt humanistische Ansichten vertreten, gehört Jürgen Todenhöfer. Das Vorgaukeln von Demokratie- und Menschenrechtsexport erklärt er für skandalöse „Heuchelei“. Kein Politiker habe ihm im Vieraugengespräch erklären können, weshalb sich Deutschland am Afghanistan-Krieg beteilige. Keinem sei es „um die Rechte afghanischer Schulumädchen“ gegangen, „von denen sie in der Öffentlichkeit so oft sprachen“. Ihre „Kriegslügen“ hätten sie längst vergessen, es interessiere sie auch heute nicht, dass zwei Drittel der afghanischen Mädchen laut UNICEF und Human Rights Watch nach wie vor nicht zur Schule gehen. Und obwohl das Scheitern aller humanistischer Vorhaben in diesem Krieg allgemein bekannt ist, beschließt der Bundestag mit überwältigender Mehrheit der Stimmen – ausgenommen die Stimmen der Linkspartei – weiterhin die Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan.

In Bezug auf Stellvertreterkriege, die die interpretativen Fähigkeiten besonders stark herausfordern, geht Todenhöfer auch über Positionen eines Teils des linken Spektrums hinaus, das oft zwischen Islam und Islamismus nicht zu unterscheiden weiß und an das Märchen glaubt, islamistische Fundamentalisten könnten, unterstützt vom Westen, der Demokratie zum Durchbruch verhelfen. Er unterscheidet klar zwischen vom Westen bzw. seinen Verbündeten angegriffenen Muslimen einerseits und Islamisten andererseits, die entweder vom Westen instrumentalisiert oder auf eigene Rechnung vornehmlich muslimische Staaten angreifen, die sich auf den Weg in eine laizistische Moderne begeben haben – wie Irak und Syrien.

Als Reporter in den Kriegs- und Krisengebieten des Mittleren und Nahen Ostens vereint Todenhöfer außerordentlichen Wagemut und Ausdauer. Prozesse, die ihm um die Authentizität seiner Berichte – so seiner Reise zum so genannten Islamischen Staat – aufgezwungen wurden, gewann er. Das Ziel seiner Bücher ist die Wiederbelebung der vielen Menschen abhanden gekommenen Empathie für die Millionen Kriegsoffer, die der „Krieg gegen den Terror“ gekostet hat; eine Aufgabe, der unsere Medien bei weitem nicht im erforderlichen Maß nachkommen. Im Vietnam-Krieg gelangten noch zahlreiche Reportagen, Film- und Fotodokumente an die Öffentlichkeit, die die menschenverachtenden Kriegshandlungen bewiesen.

Als Todenhöfer in einer Talkshow Fotos von Kindern zeigte, die beim deutschen Bombenangriff auf Kundus starben, wurde er „niedergebrüllt“: Der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel und der „Spiegel“-Journalist Matthias Matussek waren empört, dass er ihnen „die Realität eines Krieges“ vor Augen führen wollte, den sie für richtig hielten. Mittlerweile sei das Zeigen von Kriegsoffern immer schwieriger geworden.

Facebook überdeckt solche Fotos auch auf Todenhöfers Seite. Auf seinen Protest hin wurde das mit „Jugendschutz“ begründet, „in der Tat ein starkes Argument. Aber wäre es dann nicht auch sinnvoll, Kriegsspielzeug oder gewaltverherrlichende Computerspiele für Kinder zu verbieten?“ Jugendschutz sei nicht der wahre Grund. „Soll unsere Bevölkerung nur die Opfer westlicher Kriege nicht mehr sehen? Wenn Putin oder Assad Zivilisten töten, flimmern die Opferbilder doch auch über unsere Bildschirme!“ Der angebliche Krieg gegen den Terror wurde selbst zu einem terroristischen Krieg. Bei der Vorbereitung der Rückeroberung Mossuls durch Einheiten der irakischen Armee starben durch US-amerikanische Bombardements 20.000 unschuldige Zivilisten. Todenhöfer fragt: „Würde der Westen, wenn es in den bayrischen Alpen Terroristen gäbe, München bombardieren lassen? Würden wir in München jemals Bomben und Raketen einsetzen, um ausländische Terroristen zu bekämpfen? Natürlich nicht! Jeder, der das täte, wäre in unseren Augen ein Irre, ein Kriegsverbrecher. Man muss Menschen schon sehr verachten, wenn man Bomben auf ihre Häupter kippt, um sie vom Terrorismus zu befreien.“

Aber anstelle die Millionen Opfer im Nahen und Mittleren Osten in den Fokus zu stellen, schüren die meisten Medien eine grotesk disproportionale Angst vor islamistischem Terrorismus im Westen. Todenhöfer plädiert für eine unaufgeregtere Diskussion und weniger mediale Sensationsberichte zu Anschlägen von Islamisten, für die es „eine herbe Niederlage“ wäre, „wenn über sie wie über gewöhnliche Mörder berichtet würde“. Neben dem Motiv des Demokratieexports hantieren Politik und Medien noch immer mit dem alten Paradigma der Dämonisierung der Staatsoberhäupter, deren Land gerade der Krieg erklärt wird, obwohl diese meist nicht zu Schaden kommen, immer aber eine ungeheuerliche Zahl von Zivilisten, die mit den vorgegebenen Kriegsgründen gar nichts zu tun haben. Und selbst wenn „Diktatoren“ eliminiert wurden, wie im Fall Saddam Husseins oder Muammar Gaddafis, konnten die Feldzüge nie die von Politik und Medien erhofften Ergebnisse bringen. Im Gegenteil: Sie erzeugten Hass auf den Westen und auch immer wieder neue Terroristen, die sich – vornehmlich im eigenen Kulturkreis – gegen vermeintlich verwestliche Lebensformen aggressiv in Stellung bringen.

Todenhöfers Buch dokumentiert nicht nur seine erschütternden Eindrücke in Irak, im Gaza-Streifen, Afghanistan, Jemen, Syrien und bei den aus Myanmar vertriebenen Rohingya. Deren Perspektivlosigkeit wird von westlichen Medien nur selten aufgegriffen – wahrscheinlich, weil das von ihnen verlassene Gebiet weder wichtige Ressourcen hat noch von strategischem Interesse ist.

Im Buch angedruckt ist das Faksimile eines im Dezember 2015 gemachten Vorschlags des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für einen „Neubeginn in Syrien“, den Todenhöfer der Bundeskanzlerin mit der Bitte übergeben sollte, ihn den kriegführenden westlichen Staaten, insbesondere den USA, als Verhandlungsangebot zu unterbreiten. Assad erklärte sich nicht nur zu einem sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen mit ausnahmslos allen Oppositionsgruppen bereit, sondern stellte auch in Aussicht, auf sein Präsidentenamt zu verzichten, sofern das vom syrischen Volk so entschieden würde: „Die friedliche Zukunft Syriens und das Überleben des Landes ist wichtiger als die Zukunft jedweden Politikers. Das gilt auch für mich.“ Abgesehen davon, dass es nicht gelungen ist, diesem Angebot Assads eine breite Medienwirkung zu verschaffen, konnte Todenhöfer letztlich nur erreichen, dass Merkels Sicherheitsberater einmal mit dem syrischen Außenminister telefonierte. Die Kanzlerin selber verweigerte sich einem Gespräch mit Assad.

Bundeskanzler Willy Brandts Neue Ostpolitik wäre mit einer solchen Einstellung undenkbar. Todenhöfer hat in Washington mehrfach Admiral Dennis Blair getroffen, den ehemaligen Chefkoordinator der 16 US-Geheimdienste unter Barack Obama, und ihm 2010 ein Angebot des Iran überbracht, das zu den ersten direkten Verhandlungen zwischen beiden Staaten führte, aus denen später das Atomabkommen hervorging. Blair gestand, es sei „unverständlich und unverzeihlich“, dass es für Irak nach Hussein keinerlei Plan gegeben habe. Und in Libyen habe man Gaddafis Armee zwar ausgeschaltet, aber zugelassen, dass sie sich in Fraktionen aufsplittete. „Diese Fehler seien furchtbar, einfach nur furchtbar“. – Todenhöfer zitiert den französischen Soziologen Le Bon: Der Untergang einer Zivilisation beginne mit dem Tag beginne, „an dem ihre Ideale in der Welt nicht mehr respektiert werden“. Diesem Punkt nähere sich der Westen mehr und mehr an.



Jürgen Todenhöfer: Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten. Unter Mitarbeit von Frederic Todenhöfer. Propyläen, 335 Seiten, geb., 19,99 €. ISBN 978-3-8537-2026-7



Walter Womacka, „Blaue Rose“, 1999, Öl auf Leinwand, 116 x 94 cm

**Dienstag, 18. Juni 2019, um 19 Uhr,
in der Ladengalerie der „jungen Welt“**

(Die Ausstellung ist bis zum 31. August 2019 zu sehen)

Sie finden die Ladengalerie in der Torstraße 6, 10119 Berlin (Nähe Rosa-Luxemburg-Platz)
Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 11.00–18.00 Uhr, Freitag 10.00–14.00 Uhr,
an Sonn- und Feiertagen geschlossen. Kontakt: Tel. 030-536355-56

GBM Gesellschaft zum Schutz von
Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Einladung zur Eröffnung der Ausstellung Zeitzeichen

**Je mehr sich die Vergangenheit
von uns entfernt, desto größer
die Gefahr ihrer Verleugnung.**

(Wolfgang Eckart in der Zeitschrift
„Ossietzky“, Heft 10/2019, S. 374)

Dem wollen wir mit unserer gemeinsamen Werkschau etwas Bewahrenswertes entgegensetzen. In den siebzehn Jahren ihres Bestehens erwarb sich die GBM-Galerie in der Berliner Weitlingstraße mit ihren 87 Ausstellungen einen geachteten Namen, vor allem als Hort für Werke von Künstlern, die ihre Wurzeln in der DDR haben. In einer kleinen Auswahl zeigen wir anlässlich des 70. Gründungsjubiläums der DDR in der Ladengalerie Werke von Anke Besser-Güth, Siegfried Besser, Rolf Biebl, Marquerite Blume-Cárdenas, Günter Brendel, Gudrun Brüne, Martina Dost, Ralf Alex Fichtner, Rudolf Grüttner, Heidrun Hegewald, Ernst Jäger, Susanne Kant-Horn, Konrad Knebel, Harald Kretzschmar, Rolf Kuhrt, Achim Kühn, Joachim Lautenschläger, Gabriele Mucchi, Jenny Mucchi-Wiegmann, Emerita Pansowová, Dieter Rex, Thomas Richter, Gerhard Rommel, Wolfram Schubert, Harald K. Schulze, Willi Sitte, Heinrich Tessmer, Gudrun Wetzel, Martin Wetzel, Jürgen Wittdorf, Ulli-Wittich-Großkurth, Walter Womacka sowie Arbeiten ausländischer Künstler, die mit der GBM eng verbunden sind: Archi Galentz und Nils Burwitz.

Dokumentarische Fotos erinnern an die Arbeit der GBM-Galerie, deren Anliegen es war, die geistigen und ästhetischen Werte in der DDR entstandener Kunst zu erhalten – als Zeichen ihrer Zeit, die mit ihrer humanistischen Botschaft bis in die Gegenwart wirkt.

Grußworte: Helga Hörming, Bundesvorsitzende der GBM und Stefan Huth, Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“

Eröffnungsrede: Martina Dost, Malerin, Mitglied des Bundesvorstande und Vorsitzende des Arbeitskreises Kultur der GBM

Kurator: Dr. Peter Michel

Aus den Ortsverbänden

Berlin-Mitte

Einladung

Der OV Berlin Mitte der GBM lädt gemeinsam mit dem AK Kultur- und Bildungsreisen, der TIG Berlin Mitte von ISOR und der TAG Berlin Mitte der GRH zu einem Besuch des Abgeordnetenhaus von Berlin ein.

Es finden eine Führung durch das Haus mit einer Filmvorführung und im Anschluß daran ein Politisches Gespräch mit der Vizepräsidentin des AGH, Frau Dr. Manuela Schmidt von der Fraktion DIE LINKE, statt.

Ort und Zeit: Mittwoch, 12. Juni 2019 um 14.30 Uhr, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin. Dauer bis etwa 17.00 Uhr. Interessenten bitte bei Heinz Raddatz, Telefon: 030 2755751, E-Mail: heinz-raddatz@t-online.de oder bei den Ortsvorständen von ISOR und GRH.

Chemnitz

Gedenken an Dr. Richard Sorge in Chemnitz

Anfangs der 90er Jahre wurde die Gedenktafel aus Bronze für Dr. Richard Sorge (1895–1944) an der Hohe Straße/Kaßbergauffahrt höchstwahrscheinlich wegen ihres Schrottwertes

gestohlen. Seither stand der Gedenkstein schmucklos im kleinen Park, der trotzdem vom Grünflächenamt Chemnitz liebevoll gepflegt wird. Aus Anlass des Tages der Befreiung vom Faschismus brachten am 8. Mai 2019 Kameradinnen und Kameraden des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Chemnitz (VVN-BdA) eine neue Gedenktafel an. Der Text wurde gegenüber der alten Tafel nicht verändert. Lediglich ein kleiner Nachsatz gibt Auskunft über das Schicksal der Bronzetafel.

In der Broschüre „Gegen das Vergessen“ ist vermerkt: „Die politische Tätigkeit von Richard Sorge begann am Ende des 1. Weltkrieges. Sein Wirken war darauf gerichtet, die immer aktiver werdenden Kriegstreiber zu entlarven. In China legte er Vorhaben Tschiang Kai Cheks offen. Bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1941 war er in Japan tätig, wo er für den Widerstand arbeitete. Die Verbindung seiner Gruppe „Ramsey“ ermöglichte der Sowjetunion, wesentliche Entscheidungen für den Ausgang des 2. Weltkrieges zu treffen. Dr. Richard Sorge wurde am 7. Oktober 1944 hingerichtet. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Tokioter Tama-Friedhof unter einem Granitblock mit der Inschrift: ‚Hier ruht ein Held, der sein Leben hingab im Kampf gegen den Krieg, für den Frieden auf der ganzen Welt‘.

Raimon Brete



Text/Foto: Jonny Michel

70 Jahre Grundgesetz der BRD

Jürgen Heidig, der in den Jahren 2016 bis 2018 über fünfzig Traktate zu aktuellen Themen in Politik und Gesellschaft veröffentlichte, nimmt den 70. Geburtstag der BRD und ihres Grundgesetzes zum Anlass, sich mit dem demokratiebehinderten Staatswesen der BRD zu beschäftigen.

An den Anfang stellte er sieben Thesen, die wir hier (ohne die ausführlichen Erläuterungen) unseren Lesern zur Kenntnis geben.

1. Dass dem deutschen Volk in Westdeutschland am 23. Mai 1949 oktroyierte, nicht vom Volk autorisierte und bestimmte, Grundgesetz der BRD.

2. Die Ausgrenzung von politischen Parteien und Organisationen, sowie der Mehrheit des Volkes, des Proletariats, an der Machtausübung im bundesrepublikanischen deutschen Staat.

3. Die nahtlose Regieführung im kapitalistischen Staat durch das Monopol- und Finanzkapital. Nach dem Akt der Stimmabgabe am Tag der Bundestagswahl fällt der illusorische Schein von Demokratie ab und die Wahlbürger stehen im „Regen“.

4. Die fehlende Rechenschaftspflicht der gewählten Abgeordneten, die nur ihrem Gewissen unterworfen sind und die Unmöglichkeit der Abberufung gewissenloser Abgeordneter durch die Wähler.

5. Die fundamentale Furcht des herrschenden Monopol- und Finanzkapitals und ihres Staates vor Volksabstimmung. Diese fürchten Volksabstimmung wie der Teufel das Weihwasser. Die Petition wird zum Feigenblatt für die fehlende direkte Demokratie durch das Volk.

6. Das Prinzip „Teile und herrsche“. Bundesdeutsche Gewaltenteilung kontra Souveränität des Volkes.

7. Die markant-makabre Prozedur zur Wahl des deutschen Bundespräsidenten.

7. Oktober

Alternative Einheitsfeier 2019 zum „70. Jahrestag der Gründung der DDR, des ersten deutschen Friedensstaates“ am 7. Oktober 2019 im Bürgerhaus Neuenhagen, Hauptstraße 2, 15366 Neuenhagen

Es sprechen: Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV e.V.; Dr. Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates „DIE LINKE“; Anja Mewes, Vorsitzende der Friedensglockengesellschaft e.V.; Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP.

Das Kulturprogramm wird gestaltet von Isabel Neuenfeldt und Tino Eisbrenner

Ab sofort sind die Eintrittskarten gegen einen Spendenbeitrag in Höhe von 5 Euro in der Geschäftsstelle der GBM erhältlich.

Wir beglückwünschen alle *Jubilare* des Monats Juni 2019.



zum 98. Geburtstag
Magda Radicke, Werder

Hanna Pankratz, Berlin
Eberhard Schütz, Berlin

Eva Hößelbarth, Berlin
Achim Reichardt, Rangsdorf
Dr. Hedwig Winter, Berlin

Ilse Marder, Leipzig
Helga Reiche, Strausberg

zum 97. Geburtstag
Rudolf Fleck, Wurzen

zum 92. Geburtstag
Ingeborg Kandler, Dresden
Maria Kühne, Berlin
Gisela Saß, Berlin
Gerhard Thormeyer, Petershagen

zum 89. Geburtstag
Werner Lehrer, Magdeburg
Irene Marcinkowski,
Neubrandenburg
Rosemarie Schuchardt,
Bad Blankenburg
Dr. Wolfgang Schwanitz, Berlin

zum 86. Geburtstag
Wolfram Burkhardt, Chemnitz
Christa Karstädt, Chemnitz
Renate Kliemann, Strausberg
Gerda Raabe, Cottbus
Heinrich Sommer, Berlin
Horst Thurmann, Berlin

zum 96. Geburtstag
Karl Heinz Engelmann, Berlin
Wiltrut Kiefer, Berlin

zum 95. Geburtstag
Else Rothe, Hoppegarten

zum 91. Geburtstag
Martin Bahr, Halle (S.)
Annemarie Blochmann, Dresden
Dr. Horst Geißler, Chemnitz
Arnold Hofert, Berlin
Helmut Ihle, Potsdam
Eberhard Müller, Gera
Erich Pfabe, Kleinolbersdorf
Dr. Edith Steiniger, Wildau
Hedwig Tauer, Potsdam
Manfred Werner, Berlin

zum 88. Geburtstag
Therese Heyer, Berlin
Prof. Dr. Ruth Klein, Berlin
Gerda Paff, Berlin
Friedrich Pilke, Reinsdorf
Roger Arno Reinsch, Berlin

zum 85. Geburtstag
Traude Brendler, Berlin
Prof. Dr. Heinz Deutschland, Berlin
Anna Kock, Schwerin
Christine Neumann, Berlin
Horst Pietsch, Schwerin
Eberhard Rehling, Dresden
Adolf Zehbe, Berlin

zum 94. Geburtstag
Karl-Heinz Gromoll, Berlin
Johanna Hübner, Schwerin
Ruth Jury, Frankfurt/O.

zum 93. Geburtstag
Ruth Beidokat, Neuenhagen
Charlotte Jatzke, Berlin
Dr. Heinz Jura, Klötze
Helmut Kreher, Rastow

zum 90. Geburtstag
Ursula Hagen, Berlin

zum 87. Geburtstag
Lieselotte Hörath, Frankfurt/Oder
Jutta Koch, Berlin
Dr. Reinhold Litke, Berlin

zum 65. Geburtstag
Peter Walther, Schwerbach



„Kein Krieg gegen Iran – verhandeln statt eskalieren“

Das „Netzwerk Friedenskooperative“ hat zu einer Unterschriftenaktion aufgerufen

Der nachstehende Text sollte an die Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestages gesandt werden:

Derzeit spitzt sich die Lage zwischen den USA und Iran zu. Es besteht die Gefahr, dass die Spannungen zu einer folgenschweren Eskala-

tion bis hin zu einem Krieg mit unabsehbaren globalen Folgen führen. Statt Kriegsdrohungen braucht es dringend Gespräche, um den Konflikt zu lösen. Das Nuklearabkommen (JCPOA) mit Iran muss Bestand haben.

Daher fordere ich die Bundesregierung sowie alle Abgeordneten des Bundestages auf:

- Treten Sie aktiv für eine **zivile Lösung** ein und wenden Sie sich gegen jegliche Eskalation und Aggression im US-Iran-Konflikt.
- Schließen Sie jede **deutsche Unterstützung** für einen Krieg gegen Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran unmissverständlich und grundsätzlich aus. Auch von US-Stützpunkten in Deutschland, wie z. B. von der Airbase Ramstein oder dem EUCOM in Stuttgart, darf kein Krieg ausgehen.
- Setzen Sie sich dafür ein, insbesondere mit Hilfe der europäischen Partner, dass das **Nuklearabkommen** mit Iran erhalten bleibt und wieder von allen Seiten anerkannt und weitergeführt wird. Dafür muss das Angebot der Beendigung der Sanktionen gegen Iran gemacht werden. Notfalls muss das Abkommen auch ohne die USA fortgesetzt werden.



Unterschriftenlisten können bei dem „Netzwerk Friedenskooperative“, Römerstraße 88, 53111 Bonn, abgefordert werden

Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft
zum Schutz von Bürgerrecht und
Menschenwürde e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, Raum 630
10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
Tel.: 030 2978-4688
Fax: 030 2978-4689
E-Mail: gbmev@t-online.de
Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELADEV3333

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Helga Hörning
Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

31. Mai 2019

**Redaktionsschluss
der nächsten Ausgabe**


28. Juni 2019

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 2978-2900

Für den Inhalt namentlich ge-
zeichneter Beiträge sind die
Autoren verantwortlich.
Herausgeber und Redaktion haf-
ten nicht für unaufgefordert einge-
sandte Manuskripte. Sie behalten
sich das Recht vor, über den
Abdruck eingesandter Beiträge
zu entscheiden und zum Abdruck
kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedan-
kenaustausch der Mitglieder und
Ortsverbände. Artikel können bei
Behörden nicht als rechtsverbind-
liche Auskunft benutzt werden.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

Unser Mitglied Gerhard Naumann übersandte uns folgende
Verse, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Neuner Jahre

1949

*Im Osten geht die Sonne auf,
lässt ihren Glanz erstrahlen,
bestimmt fortan den Lebenslauf.
Vorbei sind alle Quallen*

1989

*eine Minderheit will lachen:
wir wollen alles besser machen,
ohne Pflicht und ohne Qual,
der Sozialismus wir sozial!*

1999

*Vom Westen scheint die Sonne her,
lässt uns die Freiheit kosten.
Doch Zukunft bringt sie nimmermehr.
Dunkle zieh'n nach Osten.*

2009

*Die Kapitale schreien: Sieg!
Und sie meinen ihren Krieg
gegen Menschen und die Feinde,
die sie früher mal vereinsnte.*

2019

*Flieger startet in die Welt
von unserem Drehkreuz Schönefeld!
doch was wird aus diesem Haus?
Man macht ein` Lagerschuppen draus*

(Nach zu lesen in „Deutsches Woll'n“, GNN-Verlag,
ISBN 978-3-89819-432-7)

Nachruf für Walter Richter

(*30.01.1930 – †08.05.2019)

Der Ortsverband Leipzig und
der Vorstand der GBM neh-
men Abschied von Walter
Richter, dem langjährigen Vor-
sitzenden des Ortsverbandes.
Walter Richter war einer der
Mitbegründer der GBM in Leip-
zig und ihres Sprecherrates.

Von Beginn an konzentrierte
sich die Arbeit des Vorstan-
des auf die Durchsetzung der
Ziele der GBM, besonders auf
die Anerkennung der in der
DDR gelebten Biografien, ge-
gen deren z.T. strafrechtliche
Verfolgung und gegen das
Rentenstrafrecht. Unter seiner
Leitung wurden viele Aktivi-
täten durchgeführt, wenn es
darum ging, um die Schaffung
gleicher Lebensverhältnisse
in den alten und neuen Bun-
desländern zu kämpfen.

Der Sprecherrat organisierte
zahlreiche Veranstaltungen
zu den vielfältigen Problemen
mit Referenten des Bundes-
vorstands der GBM, aber auch
mit Parlamentariern der ver-
schiedenen Ebenen. Der Orts-
verband war gut vernetzt und
wirkte in Koordinierungsgre-
mien mit: die Arbeit der GBM
strahlte auf das sozialpoliti-
sche Leben der Stadt aus.

Dafür danken wir Walter Rich-
ter, der mit seinem Wirken
dazu beigetragen hat.

Unser Mitgefühl gilt seinen
Angehörigen. Wir werden ihn
nicht vergessen und bewahren
ihm ein ehrendes Angeden-
ken.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Erika Eberlein
Berlin

Joachim Hauffe
Berlin

Gerhard Poser
Berlin

Dorothea Seidler
Berlin

Max Grahmann
Meiningen

Günter Imhof
Berlin

Walter Richter
Borsdorf

Paul Zastrow
Blumberg-Elisenau

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

